

„Programm der 99 Punkte“

A 00 - 03443



SPD



„Programm der 99 Punkte“

SPD zur Landtagswahl 1970 in Hessen

Die Landesdelegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei Hessens hat am 4. Juli 1970 in Marburg nachstehendes Programm zur Landtagswahl 1970 verabschiedet:

A 00 - 03443



I.

Hessen

- ein Land des Fortschritts**
- der sozialen Sicherheit**
- des wirtschaftlichen Aufstiegs**
- der Chancengleichheit**
- der Demokratie und der Gerechtigkeit**

Was Sozialdemokraten hier in über 20 Jahren geschaffen haben, gilt auch in anderen Ländern als Vorbild und Beispiel.

Hessen ist das deutsche Modell einer erfolgreichen Gesellschaftspolitik. Auf dieser Grundlage soll es weitergehen: Für ein modernes Hessen mit einer gesicherten Zukunft.

Mit diesem Programm legt die hessische SPD ihre Karten auf den Tisch. Jeder kann beurteilen, was in der Vergangenheit getan wurde. Jeder kann mitentscheiden, was in den nächsten vier Jahren geschehen soll und geschehen muß.

Die siebziger Jahre sind das soziale Jahrzehnt der großen Reformen.

II.

Wir wollen:

- **den Wohlstand gerechter**
- **den Fortschritt humaner**
- **die wirtschaftliche Sicherheit größer machen.**

Wir wollen durch mehr Gerechtigkeit und durch größere Chancengleichheit für alle Bürger die soziale Demokratie verwirklichen.

I. Dynamische Wirtschaft — gesicherte Existenz

Der Fortschritt ist zum Wohle des Menschen da. Das gilt für alle Bereiche unseres Lebens. Der technische Fortschritt in Wirtschaft und Industrie darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmer erfolgen. Rezession mit gewollter Arbeitslosigkeit darf es nie wieder geben.

Eine dynamische Wirtschaftspolitik darf sich nicht nur mit der Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze begnügen. Sie muß die Voraussetzungen für ein gerechtes Wirtschaftssystem schaffen.

1

Das ist unser Programm:

Neue Arbeitsplätze, stetiges Wachstum

Fortführung der gezielten Ansiedlung wachstumsintensiver Industrien in Entwicklungsbereichen, insbesondere in den grenznahen Gebieten.

Bis 1975 werden in diesen Gebieten rund 40 000 Arbeitsplätze neu entstehen müssen für die wachsende Bevölkerung, für die aus der Landwirtschaft Ausscheidenden und für die durch notwendige Umstrukturierungen betroffenen Arbeitskräfte. Die Hälfte dieser Arbeitsplätze muß durch öffentliche Mittel gefördert werden.

2

Verbesserung der Branchenstruktur, Steigerung der Produktivität und Förderung der Leistungsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft im ganzen Hessenland.

Hier sind Maßnahmen notwendig, damit wir in den nächsten zehn Jahren unser Sozialprodukt verdoppeln können.

Für diese Zwecke müssen in den kommenden zehn Jahren rund 4 Milliarden DM von der Wirtschaft und der öffentlichen Hand aufgebracht werden.

3

Gezielte Fortführung der erfolgreichen Fremdenverkehrsförderung — „weiße Industrie“ — in landschaftlich schönen Gebieten.

Investitionen von rund 100 Millionen DM jährlich müssen durch das Land gefördert werden.

4

Prognosen, Betriebsberatung, Umschulung

Branchenuntersuchungen und die Erarbeitung von Prognosen zur frühzeitigen Erkennung sich abzeichnender Strukturveränderungen. Die Arbeitnehmer und Betriebe sollen dadurch vor wirtschaftlichen Schäden bewahrt werden.

5

Verstärkte Förderung der überbetrieblichen und individuellen Betriebsberatung unter Verwendung von Erkenntnissen im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung. Diese Beratung soll insbesondere dem wachsenden Informationsbedürfnis der kleinen und mittleren Betriebe zugute kommen und ihnen Rationalisierungsvorteile verschaffen.

6

Förderung von Unternehmen der Gemeinwirtschaft, die sich am Bedarf und nicht am privaten Erwerbsstreben orientieren.

Gemeineigentum ist zweckmäßig und notwendig, wo mit anderen Mitteln eine ausgewogene Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann; es ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die ein moderner Staat nicht verzichten kann.

7

Ausbau der Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. Der Bildungsstand der Arbeitnehmer muß dem technischen Fortschritt angemessen sein.

Auch aus dieser Sicht ist der Bildungsurlaub notwendig.

8

Sicherheit am Arbeitsplatz

Verbesserung der Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz. Hier muß die persönliche Sicherheit der arbeitenden Menschen erhöht werden. Viele Unfälle mit schweren Verletzungen oder tödlichem Ausgang sind vermeidbar.

9

Intensivere Erforschung der Unfallursachen am Arbeitsplatz.

10

Verstärkung des gewerbeärztlichen Dienstes und der Gewerbeaufsicht.

11

Stärkere Mitbeteiligung der Betriebsräte bei Fragen der Arbeitsplatzsicherheit.

12

Beiträge zur Entwicklung leistungsfähiger Programme für eine Steuerung der Konjunktur und des Wirtschaftswachstums.

13

Leistungsfähige Landwirtschaft

Integration der Landwirtschaft in die Gesamtwirtschaft. Die Landwirtschaft kann nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben, weil die Landbevölkerung sonst unzumutbaren sozialen Härten ausgesetzt ist.

14

Förderung des Trends zu leistungsfähigen landwirtschaftlichen Betriebseinheiten.

15

Unterstützung der Bestrebungen zur weiteren Rationalisierung und zur Verstärkung genossenschaftlicher Zusammenarbeit.

16

Engere Verzahnung von Erzeugung und Vermarktung auf genossenschaftlicher Basis.

17

Betriebswirtschaftliche Schulung des Unternehmers „Landwirt“.

18

Gesetzgeberische Initiativen zur gleichberechtigten Einbeziehung der in der Landwirtschaft Beschäftigten in das soziale Sicherungssystem.

19

Sichere, preiswerte Energieversorgung

Ausbau der bestehenden Energiequellen und Entwicklung neuer Verfahren zur Gewinnung preiswerter Energie. Das ist wichtig, weil sich der Energieverbrauch von zur Zeit 16 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten auf rund 30 Millionen Tonnen im Jahre 1980 nahezu verdoppeln wird.

20

Einrichtung eines hessischen Energierates zur Abstimmung energiepolitischer Maßnahmen und als Forum energiepolitischer Diskussionen.

21

Sichere und preiswertere Energieversorgung durch Kapitalbeteiligung und andere Finanzierungshilfen.

22

Verstärkte Kooperation der Versorgungsunternehmen. Hier ist zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der hessischen Energiewirtschaft eine Bereinigung der Unternehmensstruktur einzuleiten.

23

Verkehrsdrehscheibe Hessen

Weiterer Ausbau des hessischen Verkehrsnetzes als Verkehrsdrehscheibe und als Handelsumschlagplatz der Bundesrepublik und des europäischen Kontinents.

Die verschiedenartigen Beiträge, die die Verkehrsträger Luft, Schiene, Straße und Schifffahrt zur Deckung des Verkehrsbedarfs leisten können, werden in dieser neuen Ausbauphase verstärkt aufeinander abgestimmt.

24

Weiterer vorrangiger Ausbau von Ortsdurchfahrten und Bau von Umgehungen der Landesstraßen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden.

25

Erhaltung der Lebensfähigkeit unserer Großstädte als Einkaufs- und Kulturzentren und als Zentren urbanen Lebens.

Deshalb wird die SPD den Ausbau eines

26

attraktiven, leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs fördern, der einen geordneten Verkehrsablauf und eine Entlastung der Straßen im innerstädtischen Bereich ermöglicht.

Das gilt vordringlich für die Verdichtungsräume und Ballungsgebiete, wo aufeinander abgestimmte Verkehrssysteme entstehen, in denen sich die Verkehrsträger ihrer speziellen Eignung entsprechend ergänzen.

Verbesserung der Infrastruktur

Schaffung von optimalen Verkehrsbedingungen in ländlichen Gebieten. Die SPD tritt für eine Änderung des bestehenden Personenbeförderungsrechts ein. Sie will den Linienverkehr durch einen Flächenverkehr ersetzen.

Dabei steht neben der Deckung des Erschließungs- und Verdichtungsbedarfes an Infrastrukturleistungen in den strukturbenachteiligten Gebieten vor allem auch die Verbesserung im Güter- und Personenverkehr im Mittelpunkt.

27

Intensive Unterstützung aller Kooperationsbestrebungen der öffentlichen Nahverkehrsträger. Förderung von Zusammenschlüssen zu einem Verkehrsverbund oder zu regionalen Verkehrsgesellschaften.

28

Flughäfen

Vordringliche Förderung des Ausbaus bestehender und des Baus neuer Flughäfen, weil sich Wirtschaft und Industrie in steigendem Maße des Flugzeugs bedienen.

29

Weiterer zügiger Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main zum europäischen und internationalen Luftverkehrskreuz. In den nächsten vier Jahren wird sich das jetzige Fluggastaufkommen von acht Millionen mehr als verdoppeln. Bei der Luftfracht wird mit einer noch größeren Steigerungsrate gerechnet. Der Flughafen Frankfurt am Main muß durch weitere Investitionen seine führende Position behalten.

30

Mitbestimmung und Vermögensbildung

Mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den kommunalen Unternehmen, zum Beispiel in den öffentlichen Versorgungsunternehmen. Durch entsprechende Änderung des Eigenbetriebsgesetzes wird die paritätische Mitbestimmung in diesem Bereich verwirklicht werden.

31

Eigene Modelle einer sozialdemokratischen hessischen Landesregierung für eine gerechtere Vermögensverteilung und Beteiligung der Arbeitnehmer am Ertrag.

32

33

Unterstützung der Bestrebungen zur Abschaffung der Preisbindung der zweiten Hand.

Erbschaftssteuerreform

Initiativen der Landesregierung zur Erbschaftssteuerreform:

- Halbierung der Erbschaftssteuer bei Erwerben bis zu 300 000 DM;
- Herabsetzung des Steuersatzes bei Erwerben bis zu 600 000 DM;
- Völlige Steuerfreiheit des Erwerbes von Ein- oder Zweifamilienhäusern sowie Mietwohngrundstücken bis zu 150 000 DM;
- Steuerfreiheit des Erwerbs von vertraglichen Versorgungsansprüchen;
- Steuerfreiheit von Zuwendungen an Einrichtungen, die den Arbeitnehmern des eigenen Betriebes dienen;
- Erleichterungen bei der Entrichtung der Erbschaftssteuer im Interesse der mittelständischen Wirtschaft;
- Gleichstellung der ehelichen und nicht-ehelichen Kinder;
- Erhöhung der Erbschaftssteuer bei Erwerben ab 1 Million DM;
- gleichmäßige Bewertung aller Vermögensarten unter Zugrundelegung zeitnaher Verkehrswerte;
- Einschränkung von Steuerumgehungsmöglichkeiten und Beseitigung unerwünschter Gestaltungsmöglichkeiten zur Verwirklichung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung.

34

Verhinderung der Steuerflucht

Initiativen der Landesregierung zum Abbau von Wettbewerbsbenachteiligungen der mittelständischen Wirtschaft und zur Verwirklichung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung durch Verhinderung und Abbau von Möglichkeiten der Steuerflucht.

35

Initiativen der Landesregierung zur Schaffung von Grunderwerbsteuerbefreiungen bei Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in Förderungsgebieten im Zonenrandgebiet und in Entwicklungsgebieten.

36

Umfassende Steuerreform

Unterstützung der Bestrebungen einer umfassenden Steuerreform mit dem Ziel

- der Einführung eines gerechten, einfachen, überschaubaren Steuersystems;
- der Verwirklichung der Grundsätze der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit;
- einer Erweiterung der Steuerabzugsmöglichkeiten bei den Sonderausgaben und Werbungskosten der Arbeitnehmer;
- einer Überprüfung der derzeitigen Steuersätze;
- einer Verbesserung des Familienlastenausgleichs und der Ausbildungsförderung

sowie Ersetzung der bisherigen Zweigleisigkeit von Kindergeld und Steuerfreibeträgen durch ein einheitliches und gerechtes System;

- der Einführung und Verbesserung steuerlicher Maßnahmen zur Vermögensbildung durch Bezieher niedriger Einkommen.

II. Fortschritt durch Bildungsgerechtigkeit

Die Bildung ist das zentrale Problem unserer Gesellschaft.

Die konsequente Verwirklichung des demokratischen Grundrechts auf Bildung ist die elementare Voraussetzung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Nicht nur der Nutzen für die Allgemeinheit darf das Ziel von Bildung und Ausbildung sein. Individuelle Neigungen und Lebensziele des einzelnen sind die Grundlagen der hessischen Bildungspolitik, von der vorschulischen Erziehung bis zur Erwachsenenbildung.

So trägt die Bildungsgerechtigkeit zum gesellschaftlichen Fortschritt bei, an dem jeder teilhat.

Das ist unser Programm:

Kindergärten und Früheinschulung

Erhöhung der Zahl der Kindergärten;
konsequenter Ausbau der vorschulischen Erziehung;

38

schrittweise Integration in das Schulwesen;
bevorzugte Aufnahme von Kindern ab dem
dritten Lebensjahr aus sozial benachteiligten
Schichten;
qualifizierte Ausbildung von Kindergärtnerin-
nen und Jugendleiterinnen;
anzustreben ist die kostenfreie Betreuung in
den Kindergärten.

39

Vorbereitende Maßnahmen zur Einführung der
obligatorischen Eingangsstufe für alle Kinder
ab dem fünften Lebensjahr.

40

Senkung der Klassenstärke, insbesondere in
der Grundstufe.

41

Förderstufe und Integrierte Gesamtschule

Einführung der Förderstufe in allen Landkrei-
sen und kreisfreien Städten.

Einrichtung der integrierten Gesamtschule als
konsequente Fortsetzung der Förderstufe. Mit
ihr werden die Ungleichheiten der Bildungs-
chancen und soziale Vorurteile abgebaut und
die individuelle Förderung der Schüler jeder
Leistungsstufe ermöglicht. Diesem Ziel dienen
insbesondere Ganztagschulen, deren Ein-
richtung zu fördern ist.

42

Weiterer Ausbau der Sonderschulen für geistig und körperlich behinderte Kinder.

43

Anpassung der Lernziele und Lerninhalte im gesamten Schulwesen an die Forderungen einer demokratischen Gesellschaft.

44

Berücksichtigung neuer Unterrichtstechnologien bei der Reform der Lehrmethoden.
Eine sozialdemokratische Landesregierung wird das bildungstechnologische Zentrum in Wiesbaden weiter ausbauen.

45

Politische Bildung

Förderung der politischen Bildung als Unterrichtsprinzip. Sie muß mehr als bisher dazu beitragen, in allen gesellschaftlichen Bereichen die Demokratie zu verwirklichen. Diesem Ziel dient nicht zuletzt die innere Demokratisierung der Schule.

46

Fortgesetzte Bemühungen zur Behebung des Lehrermangels.

47

Reform der Lehrerausbildung im Hinblick auf eine einheitliche und praxisnahe Stufenlehrer-Ausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage.

48

Berufsausbildung

Grundlegende Reform der Berufsausbildung. Da die Berufsausbildung in ihrer jetzigen Form unzulänglich ist, wird eine sozialdemokratische Landesregierung ein neues Berufsbildungsgesetz vorlegen.

Sie wird darauf hinwirken, daß

- die Berufsausbildung als eine öffentliche Aufgabe angesehen wird;
- die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen der Berufsbildung verwirklicht wird;
- ein modernes Finanzierungssystem aufgebaut wird.

49

Einrichtung von Beratungsstellen für die schulbegleitende Bildungsberatung und — im Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt — für die Berufswahl.

50

Verstärkte Einführung von Elementen polytechnischer Bildung in die Schule.

51

Ablösung der auf den Bedarf des Betriebes zugeschnittenen Ausbildung durch ein Lernsystem, das das Grundwissen für einen breiten Fächer von Berufen vermittelt. Dadurch wird verhindert, daß junge Menschen kostbare Ausbildungszeit für einen Beruf verwenden, mit dem sich in den achtziger Jahren nichts mehr anfangen läßt.

52

Ein ausgewogenes Verhältnis von theoretischer und praktischer Berufsausbildung. Modellversuche zur Einführung eines Berufsgrundschuljahres und eine Teilzeitberufsschule mit mindestens zwölf Wochenstunden sollen vorbereitet werden.

53

Überbetriebliche Ausbildungszentren

Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungszentren.

Eine sozialdemokratische Landesregierung will damit den Bildungsanspruch aller hessischen Bürger erfüllen.

54

Schaffung der Voraussetzungen für die dringend erforderliche „Ausbildung der Ausbilder“ in allen Bereichen der beruflichen Bildung. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird dazu ein modernes Zentrum errichten, das in die Gesamthochschule einbezogen wird.

55

Verdoppelung der Studienplätze

Abschluß der Planungen der neuen Gesamthochschule in Kassel und der Universität Frankfurt II (Niederurseler Hang) und Durchführung der Baumaßnahmen.

56

Verdoppelung der Studienplätze an den hessischen Hochschulen (Gesamthochschule, Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen) von 40 000 auf 80 000 in diesem Jahrzehnt.

57

Offenlegung aller Forschungsergebnisse und ein umfassender Informationsaustausch auch auf internationaler Basis.

58

Erwachsenenbildung

Weiterer Ausbau des Netzes der Volkshochschulen und Bildungszentren im Bereich der Weiterbildung. Für die räumliche Verteilung der Zentren der Weiterbildung sind die Chancengleichheit der Bevölkerung und die Qualität des Bildungsangebots bestimmend. Ein Gesetz über die Erwachsenenbildung wird den institutionellen Rahmen für die Zusammenarbeit der verschiedenen Träger der Erwachsenenbildung sowie die finanzielle Förderung derjenigen Träger, die nicht Volkshochschulen sind, regeln.

Die SPD geht davon aus, daß noch bis zum Ende der siebziger Jahre jedem Arbeitnehmer jährlich ein zweiwöchiger Bildungsurlaub zur Verfügung stehen wird. Für seine baldige Verwirklichung setzt sie sich nachhaltig ein.

Einrichtung eines Zentrums für die berufliche Erwachsenenbildung in Verbindung mit den Trägern der Rehabilitation.

Stärkerer Einsatz von Hörfunk und Fernsehen im Bildungswesen. Eine optimale Zusammenarbeit zwischen den Rundfunkanstalten, den Instituten für Fernstudien und den örtlichen Einrichtungen von Schule, Hochschule und Weiterbildung ist anzustreben.

III. Soziale Sicherheit für alle

Niemals waren die materiellen Voraussetzungen für die Verwirklichung einer gerechten Sozialordnung so günstig wie heute.

Diese Chance wird die hessische Sozialdemokratie nutzen.

Für uns sind die siebziger Jahre das soziale Jahrzehnt — das Jahrzehnt der Reformen, der demokratischen gesellschaftlichen Veränderung.

59

60

Dabei ist oberster Grundsatz moderner hessischer Sozialpolitik: durch Vorausschau und Vorsorge Not, Krankheit und Existenzbedrohung zu verhindern.

Das ist unser Programm:

Vorsorgeuntersuchungen

Ausbau und Vervollkommnung eines Systems der Vorsorgeuntersuchungen — „Hessisches Beispiel“ —.

Hierzu gehören:

die Früherfassung von Seh- und Hörstörungen und anderer Behinderungen und Anlageschäden;

die Jugendzahnpflege mit der wichtigen Aufgabe der Kariesprophylaxe;

die Früherkennung von Volkskrankheiten wie Krebs, Diabetes und weiterer Zivilisationsschäden.

Errichtung von Instituten für prophylaktische und Sozialmedizin in allen medizinischen Fachbereichen. Ausbau der gegenwärtigen Großversuche, den Herz- und Kreislaufkrankungen durch einfache Früherkennungsmethoden zu Leibe zu rücken.

61

62

63

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen öffentlichem Gesundheitsdienst und freipraktizierenden Ärzten und Klinikern. Entwicklung von Modellen eines integrierten Gesundheitsdienstes in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft.

64

Unterstützung eines Gesetzes, das die Betriebe zur Einstellung hauptberuflicher, vom Arbeitgeber unabhängiger Werksärzte verpflichtet.

65

Ausbau der Gesundheitserziehung und -aufklärung, insbesondere ihre Einbeziehung in den Schulunterricht, als Grundlage für ein größeres Verständnis der Bevölkerung gegenüber Gesundheitsfragen.

66

Verstärkte Einrichtung von Erziehungs-, Lebens- und Altenberatungsstellen und Ausbau eines Sozialdienstes für ältere Menschen.

67

Gesundheitspaß

Einführung eines Gesundheitspasses. In diesem Paß sind neben Impfungen und Unfallereignissen auch Möglichkeiten zur Eintragung von Vorsorgeuntersuchungen vorhanden.

68

Stärkere Kontrolle und Einhaltung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen.

69

Förderung der sozialen Berufe und Verbesserung ihrer Arbeits- und Ausbildungsbedingungen.

70

Reform der Heimerziehung mit dem Ziel öffentlicher Kontrolle oder Trägerschaft, Demokratisierung der Heimstruktur, Entwicklung psychotherapeutischer Modelle unter Berücksichtigung der sozialen Integration bei der Standortwahl.

71

Klassenloses Krankenhaus

Reform der überalterten Krankenhausstrukturen. Sie verfolgt das Ziel, den gleichberechtigten Anspruch aller Bürger auf eine optimale Krankenversorgung zu garantieren. Das medizinische und pflegerische Niveau muß ständig

an neue naturwissenschaftliche, medizinische, soziologische und technische Entwicklungen angepaßt werden. Hierzu werden im ganzen Lande besondere fachliche Schwerpunkte gebildet. Jeder Patient soll nach dem Schweregrad seiner Erkrankung ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Stellung behandelt und gepflegt werden. Gleichzeitig sind die überkommenen hierarchischen Personalstrukturen abzubauen. Das klassenlose Krankenhaus wird der Krankenhaustyp der Zukunft sein.

Reform des psychiatrischen Krankenhauses. Vermehrte Ausbildung und Einstellung von Fachpersonal. Dem äußeren Rahmen der Unterkunft sowie den Möglichkeiten der Beschäftigung wird als Bestandteilen der Therapie besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Förderung aller Maßnahmen, die zur Behebung des Ärztemangels in den ländlichen Gebieten führen.

Abschaffung der Pflichtgrenze für Angestellte in der Krankenversicherung.

Volksversicherung

Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung zur Volksversicherung, die auch Angehörige der freien Berufe und Hausfrauen einbezieht.

72

73

74

75

Einführung der flexiblen Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung, die dem Arbeitnehmer innerhalb eines bestimmten Altersspielraums die freie Wahl bei der Festlegung seines Rentenalters gibt.

76

Verstärkter Bau von Gemeinschaftseinrichtungen für alle Alters- und Gesellschaftsgruppen, die dieser besonderen Hilfe bedürfen;
Bau von Altenzentren mit Rehabilitationseinrichtungen, durch die die körperliche und geistige Fähigkeit zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft erhalten oder verbessert wird.

77

Altenzentren

Förderung der Selbstbetätigung und Selbstverwaltung der alten Menschen durch eine entsprechende Organisation der Altenzentren. Neben der „geschlossenen“ Pflege in Altenzentren ist die „offene“ Pflege alter Menschen in ihrer gewohnten Umgebung zu intensivieren.

78

Verbesserung der Unfallhilfe und Einführung einer einheitlichen Notrufnummer in Hessen;
Verbesserung der äußeren Kennzeichnung von Bereitschaftsapotheken.

IV. Mensch und Umwelt

Technisierung und Industrialisierung müssen in den Dienst des Menschen gestellt werden. Zur Abwehr und Beseitigung gesundheitsgefährdender Umwelteinflüsse, für eine sinnvolle räumliche Zuordnung und Nutzung der Bereiche Wohnen, Arbeit und Freizeit, für eine Entwicklung zeitgemäßer Wohnformen, für die Förderung des Sports und die Errichtung von Naherholungs- und Freizeitzentren arbeitet eine sozialdemokratische Landesregierung.

Das ist unser Programm:

Erholung

Errichtung und weiterer Ausbau von Naturparks. Dafür werden großräumige Landschaftsschutzgebiete ausgesucht. Sie sollen der Erholung der Bevölkerung dienen.

Weitere gesetzliche Maßnahmen gegen Verschmutzung der Luft, Verunreinigung des Wassers und Lärmbelästigung. Falls das vorgesehene Bundesimmissionsgesetz in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden kann, wird Hessen ein eigenes Gesetz erlassen.

79

80

81

Wohnen, Bau- und Bodenrecht

Moderner, familiengerechter Wohnraum und eine aufgelockerte, mit Grünzonen durchsetzte Siedlungsstruktur in Stadt und Land. Das muß der ständig wachsenden Bevölkerung garantiert werden.

82

Zusammenarbeit von Land und Bund zur Durchsetzung eines Bau- und Bodenrechts, das eine an den Bedürfnissen der Allgemeinheit orientierte Bodennutzung ermöglicht. Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum geht den Interessen einzelner Spekulanten vor.

Die Durchschaubarkeit und Information bei allen Maßnahmen der Raumordnung sowie der Stadt- und Gemeindeentwicklung ist dann auch durch frühzeitige Vorlage aller Raumordnungs- und Bauleitpläne wesentlich zu verbessern.

83

Eine städtebauliche Neuordnung der Kerngebiete in Städten und der neuen Verdichtungsräume, durch die das Wohnen wieder attraktiver gemacht werden muß. Industrie- und Gewerbebetriebe werden in eine sinnvolle räumliche Zuordnung zu den Wohngebieten gebracht. In allen Siedlungsgebieten — gerade aber auch in den neuen Siedlungsräumen — ist ein ausreichendes Angebot an sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie eine angemessene Verkehrsversorgung zu sichern.

84

Eine weiterhin langfristige Planung des sozialen Wohnungsbaus. Seine Planung und Finanzierung müssen den gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen entsprechen.

Die Modernisierung nicht mehr zeitgemäßen Wohnraums sowie die Sanierung überalterter Wohngebiete sind ein Bestandteil des neuzeitlichen Städtebaus und daher in verstärktem Umfang zu fördern.

Die „Unwirtlichkeit“ unserer Städte muß beseitigt, Siedlungsstruktur und Wohnungsbau als humanitäre Aufgabe verstanden werden.

85

Beschleunigte Verabschiedung eines Gesetzes, das den Gemeinden die Befugnis geben soll, Wohnungsmißstände festzustellen und ihre Beseitigung anzuordnen.

86

Aktionsprogramm Sport

Ausbau des Aktionsprogramms für den Sport neben dem Rot-Weißen-Programm. Die Ziele des Programms sind

- die allgemeine Intensivierung des Schulsports durch zielbewußte Unterrichtsmethoden;
- die Entwicklung eines jugendgemäßen Leistungssports durch das Auffinden und Fördern sportlicher Talente in den hessischen Schulen;

- die allgemeine Förderung des Jugendsports in den hessischen Sportvereinen und -verbänden;
- die Auswahl und Förderung sportlicher Talente und ihre Hinführung zu sportlichen Höchstleistungen;
- die verstärkte Förderung des Breiten-sports;
- Ausbau von Naherholungs- und Freizeit-zentren.

V. Bürger und Staat – Partner für Hessens Zukunft

Für die SPD ist die Partnerschaft zwischen Bürgern und Landesregierung die Grundlage ihrer Politik. Diese Partnerschaft hat uns nach vorn gebracht.

Sie hat die führende Stellung Hessens in der Bundesrepublik Deutschland begründet.

Die Aufbauleistungen sind das Werk aller Bürger dieses Landes.

Als Partner für Hessens Zukunft handelt die hessische Sozialdemokratie nach dem Prinzip, daß Politik und diejenigen, die Politik machen, für die Bürger da sind und nicht umgekehrt.

Das ist unser Programm:

Erweiterung des Freiheitsraumes des einzelnen nach den in der Verfassung festgelegten Grundrechten.

88

89

Die entschlossene Abwehr von verfassungsfeindlichen, auf Zerstörung der Demokratie gerichteten Bestrebungen.

Schutz des einzelnen

Mehr polizeilicher Schutz für Leib und Leben, Eigentum, Sicherheit und Freiheit aller Staatsbürger durch die Ausnützung modernster technischer Einrichtungen, insbesondere der elektronischen Datenverarbeitung, und Verbesserung der polizeilichen Organisationsstruktur. Die präventive Verbrechensbekämpfung ist weiterhin zu verstärken durch intensivere wissenschaftliche Erforschung der sozialen und psychologischen Ursachen der Kriminalität und durch die Aufklärung der Bevölkerung über Schutzmaßnahmen, vor allem gegen die ansteigende Eigentumskriminalität.

Die Landesregierung wird auch umgehend dafür sorgen, daß zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität interessierte Staatsanwälte und Richter in Anlehnung an die Weiterbildung der Assessoren im Finanzdienst ausgebildet werden. Bis zur Ausbildung einer ausreichenden Zahl von Staatsanwälten wird eine sozialdemokratische Landesregierung bei den Staatsanwaltschaften Stellen für wissenschaftlich vorgebildete Wirtschaftssachverständige einrichten.

90

Eine funktionsgerechte Verwaltungsstruktur, die für den gebietlichen Zuschnitt der Verwaltungseinheiten funktional zusammenhän-

gende Räume berücksichtigt. Gebiete, die wirtschaftlich und verkehrsmäßig eine Einheit bilden, können heute nicht mehr nach traditionellen Grenzen eingeteilt werden.

91

Verwaltungsreform

Eine durchgreifende Verwaltungsreform bei der überflüssige Verwaltungsbehörden abzubauen, die Verwaltungswege zu vereinfachen und der gesamte Bereich der Verwaltung für die Bürger und die Wirtschaft durchsichtiger zu gestalten sind. Die Bearbeitung des gleichen Vorgangs durch mehrere Behörden ist dabei auszuschalten.

92

Fortführung der Bereinigung von Gesetzen und Verordnungen. Dies ist eine permanente Aufgabe.

93

Jährlicher Rechenschaftsbericht der Regierung.

94

Abschaffung der Immunität bei Schutz und Sicherung der Parlamentsarbeit.

95

Unterstützung der Bestrebungen zur Reform der Juristenausbildung. Bei Vorliegen bundesgesetzlicher Regelungen Durchführung von Modellversuchen an hessischen Universitäten.

96

Weitere Verbesserung und Humanisierung des auf Resozialisierung des Täters gerichteten Strafvollzugs. Verstärkter Ausbau der Bewährungshilfe.

Die sozialdemokratische Landesregierung wird in der kommenden Wahlperiode die Ausbildung und Auswahl von Strafvollzugsbeamten im Hinblick auf einen größeren Resozialisierungseffekt verbessern.

97

Jugend in der Verantwortung

Stärkere Mitbeteiligung der von der Gesetzgebung Betroffenen, insbesondere der Jugend, im vorbereitenden Gesetzgebungsverfahren.

98

Unterstützung der Forderungen der arbeitenden Jugend und ihrer Organisationen nach Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen und nach Ausweitung ihrer Rechte. Eigene Vorschläge werden dazu unterbreitet. Die Initiativen zur Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre werden gefördert.

Dialog mit dem Bürger

Intensivierung des Dialogs zwischen Regierung und Verwaltung einerseits und den Bürgern andererseits durch

- Einrichtung von Bürgersprechstunden in den Ministerien und bei den kommunalen Behörden;
- Ausbau des Referats für Bürgerhilfe bei der hessischen Landesregierung.

*

Die hessische SPD legt den Bürgern Hessens diese Wahlplattform als Programm für die Jahre bis 1975 vor.

Vieles wurde durch sozialdemokratische Regierungstätigkeit in Hessen seit 1945 erreicht. Gemeinsam mit der Bevölkerung hat die SPD dieses Land an die Spitze des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts in der Bundesrepublik gebracht. Mit der sich wandelnden Zeit sind neue Aufgaben entstanden.

Wir versprechen den Wählern, auch weiter mit Umsicht und Verantwortung die Geschicke dieses Hessenlandes zu führen.



NOTIZEN

NOTIZEN

Bibliothek der FES



1150127

A vertical orange bar on the left side of the page.

SPD

**Hessen -
immer einen
Schritt voraus**